

Frankfurter Erklärung der CDU-Mitgliederversammlung Frankfurt (Oder)

Präambel

80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und mehr als drei Jahrzehnte nach der Deutschen Einheit steht unser Land vor tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen. Das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit der demokratischen Mitte schwindet und ist bereits in Teilen verlorengegangen. Immer mehr Menschen fühlen sich politisch von den demokratischen Volksparteien nicht mehr ausreichend vertreten, äußern Unzufriedenheit oder wenden sich den extremen Rändern zu.

Als Mitglieder der CDU im Land Brandenburg sehen wir uns in der Verantwortung, die Ursachen dieser Entwicklung offen zu benennen und Wege zu einer Erneuerung unserer Partei und ihrer politischen Arbeit aufzuzeigen. Die CDU muss wieder die Kraft der Mitte werden – geleitet vom christlichen Menschenbild, mit einem konservativen, einem sozialen und einem liberalen Flügel. Hierzu gehören Bürgernähe, eine offene Diskussionskultur, vor allem aber ein ernsthaftes Eingehen auf die Sorgen und Erwartungen der Menschen in allen Regionen unseres Landes, auch solchen fernab der Landeshauptstadt und im ländlichen Raum.

I. Demokratie erneuern - Vertrauen zurückgewinnen

1. Echte Diskussionskultur wiederherstellen

- Die CDU muss den offenen, respektvollen Diskurs fördern, differenziert, in der gebotenen Komplexität, auch zu unbequemen Themen.
- Die spezifischen Sorgen und Erwartungen gerade auch im Osten der Republik und im ländlichen Raum müssen ernst genommen und ernsthaft diskutiert werden.
- Parteiintern ist jede sachlich begründete Meinung zuzulassen und ernsthaft ohne diskursbeendende Denkverbote zu diskutieren.
- Schweigen, Ausgrenzung oder moralische Stigmatisierung dürfen kein Mittel innerparteilicher Auseinandersetzung sein.

2. Politische Mitte stärken

- Die CDU soll wieder zu einer großen Volkspartei erstarken, mit starken Flügeln, die die Vielfalt unserer Gesellschaft abbildet, geleitet vom christlichen Menschenbild.
- Politische Mehrheiten entstehen durch Kompromisse mit politischen Mitbewerbern des demokratischen Spektrums, denen wir stets angemessen im Ton und mit Respekt begegnen.
- Wir stehen für eine Politik der Vernunft, der Freiheit und der Verantwortung.

3. Transparenz und Glaubwürdigkeit in Regierungshandeln

- Politische Entscheidungen müssen für alle Menschen in diesem Land nachvollziehbar und verständlich sein.
- Die Versprechen vor Wahlen und das Handeln nach den Wahlen dürfen nicht auseinanderfallen.
- Der Umgang mit öffentlichem Geld muss sparsam und generationengerecht erfolgen.
- Demokratie und Politik wird konkret vor Ort in den Kommunen gestaltet und gelebt! Zuständigkeiten bei Bund und Land reduzieren und in den Kommunen verorten - bei gleichzeitiger finanzieller Ausstattung: Entscheidungsfreiheit statt Fördermittelschungel!
- Personalbedarf im Öffentlichen Dienst kontinuierlich prüfen und anpassen

II. Politische und strukturelle Erneuerung der CDU in Brandenburg

1. Stärkung der Parteiarbeit in der Fläche – Bürgernähe herstellen

Die Landes- und Bundes- CDU, ihre Politik und ihre Ideen müssen in allen Regionen des Landes wieder deutlich sichtbarer werden. Wir fordern daher ein Maßnahmenpaket, das die Parteibasis stärkt und Regierungshandeln auf Bundes- und Oppositionsarbeit auf Landesebene besser erklärt:

- Aufbau regionaler CDU-Foren in allen Landkreisen und kreisfreien Städten als offene Diskussionsplattformen.
- Regelmäßige Bürgerversammlungen zu konkreten kommunalen und landespolitischen

Themen, die die Menschen vor Ort wirklich bewegt, organisiert von der CDU vor Ort.

- Einführung eines „CDU-Regionalbeauftragten“ je Kreisverband zur direkten Vernetzung zwischen Basis, Landesvorstand; Bundesvorstand, Landesgeschäftsstelle und Bundesgeschäftsstelle.

2. Mehr Demokratie in der Partei

- Kandidatenaufstellungen und Listenwahlen müssen transparent und ergebnisoffen erfolgen.
- Mitglieder sollen bei wichtigen politischen und personellen Fragen im Vorfeld der Entscheidungen stärker eingebunden werden, etwa durch Mitgliederbefragungen.
- Die Satzung ist so anzupassen, dass innerparteiliche Beteiligung erleichtert und Delegiertensysteme überprüft werden.

3. Nachwuchs, Geschlechtergerechtigkeit und Ehrenamt fördern

- Frauen und junge Menschen sollten so gefördert und unterstützt werden, dass sie bereit sind, frühzeitig politische Verantwortung zu übernehmen.
- Die Mandatszeit der über Kandidatenlisten (nicht direkt) gewählten Abgeordneten sollte auf maximal drei Legislaturperioden begrenzt werden.
- Ehrenamtliche Tätigkeit in der CDU muss strukturell und organisatorisch besser unterstützt und anerkannt werden.
- Die Landespartei soll ein Förderprogramm „CDU vor Ort 2030“ auflegen, das innovative Formate (digitale Ortsgruppen, Bürgerdialoge, kommunale Werkstätten) ermöglicht.
- Der Landesverband soll ein regelmäßig erscheinendes (im PDF verteilbares) Printprodukt auflegen, das Landespolitik der CDU beschreibt und erklärt, und auf mindestens einer Seite die Darstellung politischer Inhalte der jeweiligen Kreisverbände ermöglicht, d. h., jeder Kreisverband kann auf dieser einen Seite eigene Beiträge veröffentlichen.

III. Forderungen und Erwartungen an die CDU Brandenburg und die CDU Deutschland

1. Politische Stabilität bei gleichzeitiger ständiger personeller Erneuerung

- Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre auch im Bundestag, um Reformvorhaben vorantreiben zu können.

2. Reformfähigkeit beweisen

- Die CDU muss auf Landes- und Bundesebene konkrete Reforminitiativen zu den Themen Wirtschaft, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Migration und Verwaltung vorlegen.
- Reformvorhaben müssen Problemlösungen für alle Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen und Regionen Deutschlands beinhalten.
- Der Umgang mit gesellschaftlichen Konfliktthemen muss frei von Tabus, aber differenziert und konkret geführt werden.

3. Soziale Marktwirtschaft erneuern

- Eigenverantwortung des Einzelnen deutlich in den Mittelpunkt stellen und einfordern, anstatt den Staat als Reparaturbetrieb für alle Lebenslagen zu begreifen.
- Entlastung der Unternehmen durch schnellen und spürbaren Bürokratieabbau, durch verringerte Dokumentationspflichten, Mehrfachkontrollen und Abschaffung unnötiger freiheitsbeschränkender Gesetze; steuerliche Entlastung des Mittelstands und Förderung von Leistung müssen wieder Kernelemente unserer Politik sein.
- Reform der sozialen Sicherungssysteme unverzüglich vorantreiben: Agenda 2030 auflegen! Sozialversicherungen auf den ursprünglichen Zweck zurückführen.
- Soziale Sicherheit braucht klare Grenzen und Verantwortung: keine Überforderung der arbeitenden Mitte. Der Sozialstaat muss bezahlbar bleiben. Kommunen müssen Gestaltungsfreiheit zurückgewinnen.

4. Selbstkritik als Stärke begreifen

- Die CDU soll den Mut haben, gesellschaftliche, aber auch innerparteiliche Fehlentwicklungen offen zu benennen.

- Nur durch glaubwürdige Selbstkorrektur kann verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden.

5. Europa als Reformprojekt begreifen

- Die CDU soll sich auf Bundesebene für eine tiefgreifende Reform der EU einsetzen: mehr Subsidiarität, weniger Bürokratie, mehr demokratische Legitimation.
- Eine gemeinsame europäische Verantwortung für Frieden, Sicherheit und Energieversorgung ist zu stärken, ohne nationale Selbstbestimmung aufzugeben.

6. Einzelne Projekte verstärkt vorantreiben

- Fortsetzung der Reformen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
- Reduzierung und verstärkte Kontrolle des Einsatzes von Fördergeldern für Nichtregierungsorganisationen.
- Generationengerechtigkeit fördern.
- Reformschritte in der Finanzverfassung des Grundgesetzes hin zum Prinzip: „Wer bestellt, bezahlt.“

7. Verstärkte Kommunikation mit und zwischen den Gremien und Amtsträgern

- Der Kreisvorstand wirkt darauf hin, dass der oder die Vorsitzende der CDU Brandenburg oder seine Stellvertreter/in sowie die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Brandenburgischen Landtages, die für den Wahlkreis zuständig sind, mindestens einmal im Quartal zu mitgliederoffenen Gremiensitzungen erscheinen und für Fragen und Antworten zur Verfügung stehen.

Schlussbemerkung:

Diese „Frankfurter Erklärung“ versteht sich als Impuls und Auftrag an die Landes- und Bundespartei, die CDU wieder zu dem zu machen, was sie einmal war: die gestaltende Kraft des demokratischen Zentrums - nah bei den Menschen, klar in

ihren Werten, mutig in ihren Entscheidungen, mit glaubwürdigen Antworten auf herausfordernde Zukunftsfragen.